



## Gemeinde Mainhardt

### Niederschrift über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderats vom 25. November 2020

**Beginn:** 17:10 Uhr  
**Ende:** 20:00 Uhr

#### Vorsitzender

Komor, Damian

#### Mitglieder

Enderle, Alexander  
Feger, Heiko  
Feuchter, Wolfgang  
Holdreich, Julia  
Kempel, Stephan  
Koppenhöfer, Thomas  
Kotzel, Lena  
Müller, Simon  
Noller, Janik  
Röger, Karina  
Rudolph, Dominik  
Schanzenbach, Bernd  
Schanzenbach, Dietmar  
Schoch, Joshua  
Schoch, Tilman  
Schweizer, Bernhard (ab 17.20 Uhr, TOP 2)  
Truckenmüller, Wolfgang  
Walz, Birgit, Dr.  
Weller, Ulricke  
Weydmann-Sziel, Karin

#### Schriftführung

Häfner, Daniela

#### Verwaltung

Heiden, Volker  
Kübler, Daniela  
Wagenländer, Friedmar

#### Ortsvorsteher

Danner, Tanja  
Feger, Jürgen  
Wagner, Thomas

**Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020**

**Entschuldigt fehlen:**

Mitglieder

Braun, Doris (beruflich verhindert)

Braun, Volker (beruflich verhindert)

Hofmann, Bettina (beruflich verhindert)

Zur Beurkundung:

Damian Komor  
Bürgermeister

Daniela Häfner  
Schriftführerin

Gemeinderat:

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

		Vorlage Nr.
TOP 1	Bekanntgaben	
TOP 2	Anfragen und Anregungen des Gemeinderats	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Mineralfreibad Mainhardt - Festlegungen zur Badesaison 2021	068/2020
TOP 5	Jahresabschluss der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot Verwaltungs-GmbH und der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH + Co. KG für das Geschäftsjahr 2019	054/2020
TOP 6	Bestellung eines Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2020 der EMW	069/2020
TOP 7	Nahwärmeversorgung Mainhardt - Zustimmung zum Wärmeliefervertrag	077/2020
TOP 8	Investive Maßnahmen 2021	073/2020
TOP 9	Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbe- steuer (Hebesatzsatzung) vom 25. November 2020	072/2020
TOP 10	Unterrichtung über die Ergebnisse der allgemeinen Finanzprü- fung 2014-2017	064/2020
TOP 11	Hauptsatzung der Gemeinde Mainhardt - Satzungsänderung	075/2020
TOP 12	Baugebiet "Sommergut - Süd" in Lachweiler - Vergabe eines Straßennamens	074/2020
TOP 13	Neubau Wohnanlage Schönblick 1 + 3 - Antrag auf Befreiungen	080/2020

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

### § 1 Bekanntgaben

#### Beratungsverlauf:

BM **Komor** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Mitglieder des Gemeinderats. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Seitens der Verwaltung stünden keine Bekanntgaben an, weshalb BM **Komor** diesen Tagesordnungspunkt schließt.

## § 2 Anfragen und Anregungen des Gemeinderats

### Beratungsverlauf:

Gemeinderat **Enderle** weist darauf hin, dass sich vermutlich im Zuge der Straßenbauarbeiten das Gasthaus Schild am "Stern" gelöst habe. Außerdem mache ihm auch sonst der Zustand des Gebäudes Sorgen, weshalb er die Verwaltung auffordere, sich dringend um die Aufnahme in ein entsprechendes Förderprogramm zu kümmern um damit die Mittel für die Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudes zur Verfügung zu haben.

Die beste Förderungsmöglichkeit bestünden nach Aussage von BM **Komor** über die Aufnahme in ein entsprechendes Sanierungsprogramm. Man habe sich deshalb auch bereits mit der STEG als Sanierungsbetreuer hinsichtlich eines Aufnahmeantrags abgestimmt. Allerdings sei dies schwierig, so lange die Sanierungsmaßnahme in Bubenorbis noch laufe. Ein Versuch sei trotzdem für das kommende Jahr geplant. Unabhängig davon sei mit der Baufirma bereits besprochen worden, dass das Gasthausschild ersetzt werden müsse, ergänzt Herr **Heiden**.

Gemeinderat **Kemppel** erinnert an seine Forderung nach Verbesserung der Überquerung der Hauptstraße im Bereich des Turmuhrenmuseums. Auch Radfahrer müssten in diesem Bereich den Radweg verlassen um die Straße zu überqueren. Dabei käme es regelmäßig zu gefährlichen Situationen.

BM **Komor** bedauert, dass dies kein Punkt sei, der in der Verkehrsschau hätte geklärt werden können. Hier bedürfe es vielmehr einer baulichen Lösung weshalb er zusagt, dieses Thema im Zusammenhang mit der geplanten Sanierung der Hauptstraße anzugehen.

In diesem Zusammenhang müsse unbedingt auch versucht werden, die Hauptstraße insgesamt auf 30 km/h zu beschränken und zusätzlich ein Durchfahrtsverbot für LKWs zu erzielen, fordert Gemeinderätin **Weydmann-Sziel**.

Auf die Frage von Gemeinderat **Truckenmüller** nach dem Termin für die Einweihung des neuen Fahrradwegs zwischen Ammertsweiler und Finsterrot verweist BM **Komor** auf das Frühjahr 2021. Ursprünglich sei der 20.11.2020 vorgesehen gewesen, aufgrund der aktuellen Corona-Bestimmungen sei dieser Termin aber wieder abgesagt worden.

Des Weiteren erkundigt sich Gemeinderat **Truckenmüller** nach dem Stand der Baugebietsentwicklung in Ammertsweiler. BM **Komor** bedauert, dass das Verfahren sich so verzögere, was auf die schleppenden Grundstücksverhandlungen zurück zu führen sei. Aktuell zeichne sich aber eine Einigung ab.

Ortsvorsteher Jürgen **Feger** bittet um Informationen zum Breitbandausbau, die auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden könnten. Ein kurzer Bericht hierzu sei zusammen mit einem Link auf die Homepage des Zweckverbands Breitband in der aktuellen Ausgabe des Mainhardter Waldboten enthalten, informiert BM **Komor**.

**§ 3 Einwohnerfragestunde**

**Beratungsverlauf:**

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde bekundet ein Einwohner seine Freude darüber, dass die nächstjährige Freibadsaison auf der heutigen Tagesordnung stehe. Er hoffe, dass das Gremium hierzu eine positive Entscheidung treffe. In diesem Zuge erkundigt er sich außerdem nach dem Stand zur Gründung eines entsprechenden Fördervereins. Des Weiteren erkundigt er sich, ob bei der ebenfalls heute zur Entscheidung anstehende Einführung von Online-Sitzungen auch an die Teilnahme der Öffentlichkeit gedacht sei. Mit seiner letzten Frage richtet sich der Einwohner in Richtung der EMW. Konkret wolle er wissen, ob bzw. bis wann mit einem Fernwärmeanschluss der Gebäude in der Hauptstraße zu rechnen sei.

Zur Frage nach der Beteiligung der Öffentlichkeit bei Online-Sitzungen des Gemeinderats verweist BM **Komor** auf die Regelungen der Gemeindeordnung, die dies ganz klar als Pflicht vorsehen. Es sei allerdings noch zu klären, ob hierfür eine Live-Stream-Übertragung gewählt werde, die jeder Interessierte von zu Hause aus verfolgen könne oder ob es eher eine Übertragung zum Beispiel in die Waldhalle geben werde.

Der Gründung eines Fördervereins für das Freibad stehe er grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings sei das etwas, was aus der Bürgerschaft kommen müsse.

Die Frage nach der Trasse des Fernwärmeanschlusses werde idealerweise bei dem entsprechenden Tagesordnungspunkt mit beantwortet, so BM **Komor** abschließend.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

### **§ 4 Mineralfreibad Mainhardt - Festlegungen zur Badesaison 2021 Vorlage: 068/2020**

#### **Beschluss:**

Das Mineralfreibad Mainhardt wird in der Saison 2021 entsprechend dem vorgeschlagenen Konzept der Verwaltung eröffnet.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** blickt zurück auf die diesjährigen Beratungen zur Freibadöffnung und dem wohl für alle schmerzlichen Entschluss, schließlich ganz darauf zu verzichten. Er bedanke sich an dieser Stelle nochmals bei allen, die sich für die Öffnung engagiert hätten und dafür sogar wie die DLRG zusammen mit Marketing Mainhardt eigene Konzepte ausgearbeitet hätten. Aus dieser Diskussion seien aber auch die Gründe deutlich geworden, die schließlich dazu geführt hätten, das Freibad nicht zu öffnen genau wie auch der Wunsch des Gemeinderats über die kommende Saison möglichst frühzeitig zu beraten um gegebenenfalls Weichen stellen zu können.

Anschließend übergibt er das Wort an Frau **Kübler**, die anhand der Sitzungsvorlage 068/2020 die hierzu erarbeitete Konzeption vorstellt. Dabei geht sie zunächst auf die Umfrageergebnisse bei anderen Gemeinden ein, die trotz Corona ihre Bäder in der vergangenen Saison geöffnet hatten. Diese Gespräche hätten die eigenen Prognosen hinsichtlich rückläufiger Besucherzahlen und der Erhöhung des Defizits bestätigt. Hinsichtlich der Buchungssysteme und den angebotenen Zeitfenstern seien die Erfahrungen durchaus positiv gewesen, berichtet Frau Kübler weiter. Die Ergebnisse der Befragung seien in die Konzeption zur Öffnung des Mainhardter Freibads in der nächsten Saison eingeflossen, die nun eine Öffnung in zwei Zeitfenstern bei gestaffelten Eintrittspreisen für den Einzeleintritt von 2.00 € bis 4.00 € vorsehe und auch einen Verkauf von Jahreskarten anstrebe, wobei zu Beginn der Badesaison insgesamt maximal 250 Personen eingelassen werden sollen mit der Option, diese Zahl im späteren Betrieb auf 400 Personen zu erhöhen.

Vom Verkauf der Jahreskarten, die den Besitzern gewisse Vorteile einräume, verspricht sich Frau **Kübler** einen gewissen Unterstützer-Effekt, da die Karten sicherlich auch gekauft würden ohne dass davon ausgegangen werden, sie vollumfänglich nutzen zu können.

Darüber hinaus stehe man der Gründung eines Fördervereins positiv gegenüber zumal Frau **Kübler** voraussagt, dass bei einer Öffnung des Freibades unter Corona-Bedingungen mit einem zusätzlichen Defizit von mindestens 100.000 € zu rechnen sei.

In der anschließenden Diskussion erkundigt sich Gemeinderätin **Holdreich**, ob bekannt geworden sei, dass sich aus einem der trotz Corona geöffneten Bäder ein Hotspot entwickelt habe, was Frau **Kübler** verneint.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

Gemeinderat Heiko **Feger** möchte wissen, wie hoch der Anteil an Jahreskartenbesitzern in den Vorjahren gewesen sei. Er befürchte nämlich unter Umständen, dass die Jahreskartenbesitzer zu viele Plätze belegten, die sie tatsächlich dann nicht in Anspruch nähmen, damit aber gleichzeitig Besuchern mit Einzeleintrittskarten den Zutritt verwehrten.

Dies Gefahr sehe Frau **Kübler** nicht, zumal es die Möglichkeit gäbe, auszulesen, wer Termine gebucht habe und trotzdem nicht nutze. Wenn dies bei einzelnen Personen häufig der Fall sei, könnten diese sogar für die Buchung weiterer Termine gesperrt werden.

Für Gemeinderat **Feuchter** stehe ganz klar fest, dass das Freibad im nächsten Jahr wieder aufgemacht werden sollte. Deshalb habe er auch die Idee des Fördervereins ins Spiel gebracht. Aber sicher gäbe es auch noch andere Möglichkeiten, sich hier einzubringen. Das müsse jetzt vorrangig mit den Personen besprochen werden, die im Sommer ihre Unterstützung zugesagt hätten, dabei wolle er sich selbst nicht ausnehmen. Er könne sich zum Beispiel auch vorstellen, über die Bürgerstiftung eine finanzielle Unterstützung zu erreichen oder auch über eine zweckgebundene Zuwendung der EMW aus deren Gewinnen.

Das Freibad müsse in der nächsten Saison wieder geöffnet werden, bezieht auch Gemeinderätin **Weydmann-Sziel** Position. Die Konzeption der Verwaltung sei gut, vielleicht sei es noch eine Idee, die Saison für Jahreskartenbesitzer früher zu starten um zusätzliche Käufer zu finden. Vorstellbar wäre für sie auch die Einrichtung eines Spendenkontos unter dem Motto "Bad statt Böller".

BM **Komor** bedankt sich für das positive Votum zur Öffnung des Freibads. Die Diskussion sei bislang ganz bewusst losgelöst von der anstehenden Verpachtung des Freibadkiosks geführt worden, jetzt aber bitte er den bisherigen Pächter, Herrn Georg Kugele, sein Konzept vorzustellen.

Für diese Möglichkeit bedankt sicher Herr **Kugele**, der anhand einer Präsentation darlegt, wie der Betrieb des Kiosks bisher lief, was sich aufgrund von Corona in der vergangenen Saison geändert habe und was aus seiner Sicht noch geändert werden müsse, um den Betrieb zukunftsfähig weiter unterhalten zu können, und zwar unabhängig vom Pächter. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

In seinem Vortrag präsentiert Herr Kugele seine Überlegungen für die Ausweitung des bisherigen Kioskbetriebs im Sommer auf einen ganzjährigen Betrieb mit Abhol- und Lieferservice. Erforderlich hierfür seien Investitionen in Höhe von rund 50.000 € bis 60.000 € für Umbauten und zusätzliches Kücheninventar einschließlich Pizzaofen. Diese Angaben beruhten aber bislang nur auf groben Schätzungen.

Diesen Punkt nimmt BM **Komor** auf indem er deutlich macht, dass er bei der Thematik Kiosk heute nicht um eine Entscheidung gehe. Vielmehr habe man dem Gemeinderat die Ideen von Herr Kugele vorstellen wollen um abfragen zu können, ob überhaupt weiter in diese Richtung geplant werden solle. Schließlich seien noch sehr viele Fragen offen, sowohl in finanzieller als auch in rechtlicher Hinsicht. Da die Klärung sowohl für Herrn Kugele als auch für die Verwaltung einen erheblichen Aufwand darstelle, müsse es hierfür einen klaren Auftrag des Gemeinderats geben, mit dem Ziel einer Beratung im Dezember.

Für Gemeinderat **Kempfel** sei die Konzeption auf jeden Fall nur dann eine Überlegung wert, wenn sichergestellt sei, dass Herr Kugele dann auch bereit sei, einen langfristigen Pachtvertrag abzuschließen.



## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

Gemeinderätin **Weydmann-Sziel** erklärt hierzu, dass sie die Aussage von Herrn Kugele so verstanden habe, dass er eher vorhabe, sich beruflich neu zu orientieren und den Betrieb des Kiosks verstärkt in die Hände des Teams zu legen.

Hierzu bezieht Herr **Kugele** klar Stellung in dem er ankündigt, bei Umsetzung des Konzeptes für einen Zeitraum von 5 Jahren mit der Option auf Verlängerung zu planen. Den Umfang seines beruflichen Engagements würde er abhängig machen von der Entscheidung über den Betrieb des Freibadkiosks.

Gemeinderat Heiko **Feger** überlegt, ob die vorhandenen Räumlichkeiten überhaupt ausreichend seien, wenn jetzt noch weiteres Inventar, wie zum Beispiel ein Pizzaofen aufgestellt werden sollten. Auf keinen Fall könne es ein, dass nachher noch Anbauten als Garage oder Müllsammelplatz oder ähnliches erforderlich würden.

Dies sei nicht zu befürchten, meint Herr **Kugele**, der einräumt, vielleicht maximal das Leergut außerhalb des Gebäudes lagern zu müssen.

Mit Herrn Kugele habe man einen sehr guten Pächter gefunden, betont Gemeinderat Tilman **Schoch**. Die Aussicht auf weitere 5 Jahre Zusammenarbeit stimmten ihn zuversichtlich, weshalb er dazu auffordere, die offenen Fragen zu klären um dann im Dezember entscheiden zu können.

Dem schließt sich auch Gemeinderätin **Röger** an, die das Konzept von Herrn Kugele sehr gut finde und sich sicher sei, dass es auch sonst Anklang finde. Sie spricht sich deshalb für eine weitere Zusammenarbeit aus.

Die letzten Jahre liefen tatsächlich sehr gut, bestätigt auch Gemeinderat Bernd **Schanzenbach**. Dies ermuntere ganz klar dazu, an diesem Pächter festzuhalten. Sicher seien aber noch Fragen auch hinsichtlich des Baurechts zu klären.

Einem Ganzjahresbetrieb steht Gemeinderätin **Weydmann-Sziel** als Anwohnerin eher kritisch gegenüber. Denkbar wäre für sie unter Umständen ein Abhol- und Lieferservice aber nicht eine ganzjährige Lärmbelästigung eines Biergartens.

Gemeinderat **Enderle** fühlt sich mit der Fragestellung überfordert. Die Entscheidungen, die hier zu treffen seien, hätten weitreichende Bedeutung. Immerhin würde dadurch aus einem Freibadkiosk ein ganzjähriger Gastronomiebetrieb, der noch mehr Publikumsverkehr aus der Ortsmitte abziehe.

Gemeinderat Joshua **Schoch** bedankt sich für die wirklich sehr gute Leistung von Georg Kugele und seinem Team in den vergangenen Jahren. Er macht deutlich, dass die Investitionen, über die beraten werden sollte, nicht nur Herrn Kugele zu gute kommen würden, sondern auch der Gemeinde Mainhardt wenn es darum gehe, einen anderen, leistungsstarken Pächter zu suchen. Er halte es deshalb für wichtig, die Konzeption weiter auszuarbeiten und dann zu beraten.

In diesem Sinne fordert auch Gemeinderat **Kemppel** die Ratskollegen dazu auf, jetzt zu entscheiden, ob eine weitere Ausarbeitung erfolgen solle oder nicht.

Diesen Appell greift BM **Komor** auf und bittet um einen klaren Auftrag, weiter in die Planung einzusteigen um im Dezember beraten zu können oder aber den Satus quo zu belassen.

## **Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020**

Das Gremium spricht sich mit 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen für die Ausarbeitung des Konzeptes bis zur Dezember-Sitzung aus.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

### **§ 5 Jahresabschluss der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot Verwaltungs-GmbH und der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH + Co. KG für das Geschäftsjahr 2019**

**Vorlage: 054/2020**

#### **Beschluss:**

1. Vom Bericht des Aufsichtsrats vom 24.07.2020 wird Kenntnis genommen.
2. Die von der BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Jahresabschlüsse (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht) der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot Verwaltungs- GmbH und der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH & Co. KG zum 31.12.2019, für welche die BBH AG die uneingeschränkten Bestätigungsvermerke erteilt hat, werden festgestellt.
3. Es wird zugestimmt, dass der Jahresüberschuss der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot Verwaltungs- GmbH in Höhe von 1.050,61 € auf neue Rechnung vorgetragen wird und der Jahresüberschuss der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH & Co. KG in Höhe von 264.965,28 € auf neue Rechnung vorgetragen wird.
4. Es wird zugestimmt, dass Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot Verwaltungs- GmbH und der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH & Co. KG für das Jahr 2019 entlastet werden

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlüsse unter Ziffer 1 -4 werden unter dem Vorsitz des 1. stellvertretenden Bürgermeisters Simon Müller mit 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Befangenheit (Ziffer 4):        BM Komor  
   Gemeinderat Feuchter

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** begrüßt den Geschäftsführer der EMW, Herrn Gebhard Gentner, dessen Präsentation zu den folgenden Tagesordnungspunkten den Gemeinderäten bereits im Vorfeld über das Ratsinformationssystem zu Verfügung gestellt worden sei.

Herr **Gentner** erläutert zum Einstieg kurz das Konstrukt der EMW, die sich als Kooperation der Stadtwerke mit den Gemeinden Mainhardt und Wüstenrot auf verschiedenen Geschäftsfeldern zur Energierversorgung betätige. Derzeit werde außerdem ein gemeinsames Projekt mit dem Waldbauverein als Energieerzeuger erarbeitet.

In seiner Präsentation geht Herr **Gentner** außerdem auf die Entwicklung des Strompreises in Deutschland und auf dessen Niederschlag in den Tarifpreisen der EMW ein. Erfreulich sei die Entwicklung der Vertriebskunden, die dafür gesorgt habe, dass die EMW zwischenzeitlich den Grundversorger-Status erzielt habe.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

Herr **Gentner** benennt anschließend die Aktiv- und Passivposten der Bilanz sowie die Werte der Gewinn- und Verlustrechnung, jeweils im Vergleich zum Vorjahr. Daraus werde ersichtlich, dass die Entwicklung sowohl bei der EMW Vewaltungs-GmbH als auch bei der EMW KG durchaus positiv seien, da beide Unternehmenszweige ihre Bilanzgewinne im Jahr 2019 sogar noch steigern konnten. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie seien aber auch im Energiebereich zu spüren wenn auch nicht mit dramatischen Einbrüchen zu rechnen sei, beruhigt Herr **Gentner** und gibt zum Abschluss über die Wirtschaftspläne noch einen Ausblick auf das Jahr 2021. Erfreulich sei, dass auch hier Investitionen geplant seien, ohne dass eine Kreditaufnahme erforderlich werde.

Zum Ausblick ergänzt BM **Komor**, dass für das kommende Frühjahr eine Klausur des Aufsichtsrats geplant sei, bei der unter anderem über eine mögliche Neuausrichtung diskutiert werden solle. Die Beratung in den kommunalen Gremien erfolge dann im Anschluss.

Gemeinderat **Feuchter** freut sich über den positiven Abschluss der EMW. Trotzdem spricht er sich gegen eine generelle Gewinnausschüttung aus. Dies sollte grundsätzlich nur in zweckgebundenen Teilbeträgen erfolgen.

Gemeinderat **Müller** sei selbst zufriedener EMW-Kunde und würde als solcher auch gerne Werbung für die EMW machen. Allerdings würden ihn die jüngsten Ereignisse beim Ausbau des Fernwärmenetzes im Schönblick doch etwas zweifeln lassen. Die Bauarbeiten dort hätten sich doch unverhältnismäßig lange hingezogen, was nicht für die EMW spreche.

Herr **Gentner** räumt ein, dass es hier tatsächlich Probleme gegeben habe, die in der Verantwortung der Stadtwerke gelegen hätten. Die Baustelle wäre schlecht koordiniert gewesen, was immer wieder zu Verzögerungen geführt habe. Der Fehler sei aber erkannt worden, so dass er in der Zukunft nicht mehr vorkommen sollte.

Gemeinderat Tilman **Schoch** greift die Wortmeldung aus der Einwohnerfragestunde auf und erkundigt sich nach dem geplanten Trassenverlauf zur Anbindung des Ortskerns an die Fernwärme.

Hier sei noch nichts endgültig entschieden, so Herrn **Gentner**. Natürlich spreche viel für die Anbindung über die Bergstraße aber man werde vor Beginn der Maßnahme auch die Möglichkeit über die Hauptstraße nochmals genau beleuchten.

BM **Komor** gibt zu Bedenken, dass in der Hauptstraße relativ lange Abschnitte nicht bebaut seien, was automatisch zu einer schlechteren Abnahmesituation führe als sie in der Bergstraße zu erwarten sei. Außerdem sei von einer langen Bauzeit auszugehen, was ebenfalls für ein Ausweichen auf die Bergstraße spreche.

Anschließend ruft der 1. stellvertretende Bürgermeister Simon Müller zu Beschlussfassung auf.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

### **§ 6 Bestellung eines Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2020 der EMW Vorlage: 069/2020**

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt BM Komor, in der Gesellschafterversammlung für die Prüfung des Jahresabschlusses 2020 einschließlich der Prüfung nach § 53 Abs. 1 HGrG (Haushaltsgrundsätze-gesetz) und der Prüfung nach § 6b Abs. 5 EnWG (Energiewirtschaftsgesetz) die BBH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu beauftragen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

BM Komor verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 069/2020. Ein ergänzender Sachvortrag wird nicht gewünscht und nachdem sich aus der Mitte des Gemeinderats auch keine Fragen ergeben, ruft BM Komor den Beschlussantrag zur Abstimmung auf.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

### § 7 **Nahwärmeversorgung Mainhardt** **- Zustimmung zum Wärmeliefervertrag** **Vorlage: 077/2020**

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den Stadtwerken einen Wärmeliefervertrag abzuschließen, nach dessen Maßgabe die Stadtwerke Wärme in Form von Warmwasser zur Versorgung des Schulzentrums und des Freibades Mainhardt zur Verfügung stellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

Mit Blick auf die Sitzungsvorlage Nr. 077/2020 erinnert BM **Komor** an die vorangegangenen Überlegungen zur Gründung eines Wärmeverbundes, bei dem die Kooperation Waldbauverein / FBG und HOWa eine Heizzentrale im Gewerbegebiet errichten würde, deren eingespeiste Wärme dann von der EMW abgenommen würde um über deren Netz an die Haushalte verteilt werden zu können.

Für die Gemeinde hätte dies den Vorteil, dass der jetzige Standort der Hackschnitzelanlage an der Schule aufgegeben werden könnte und stattdessen ein Umzug an den Ortsrand erfolgen könnte. Gleichzeitig müsste die Gemeinde nicht selbst den Neuerwerb tätigen, sondern könnte mit diesem Geld in den Wärmeverbund investieren.

Herr **Gentner** erläutert die Vorteile, die der Walbauverein von dieser Lösung hätte, an den dieses Geld ohne Einbußen fließen würde und dem so eine zusätzliche Absatzmöglichkeit für das in der Nachfrage rückläufige Holz geboten werden könne.

Herr **Wagenländer** informiert darüber, dass der Wärmeliefervertrag nach Abschluss der Rechtsaufsicht vorzulegen sei. Eine Genehmigung sei jedoch nicht erforderlich.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

### § 8 Investive Maßnahmen 2021 Vorlage: 073/2020

#### Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Planung der investiven Maßnahmen für 2021 zu.

#### Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### Beratungsverlauf:

BM **Komor** erinnert an den über die Jahre eingeführten Prozess, vor Aufstellung des Haushaltsplans im Gemeinderat die geplanten investiven Maßnahmen für das kommende Jahr vorzustellen und mit dem Gemeinderat abzustimmen. Diese Positionen dienen dann als Grundlage für die Aufstellung des Haushaltsplans, erläutert er weiter.

Sodann benennt Frau **Kübler** anhand der Sitzungsvorlage Nr. 073/2020 die einzelnen Positionen zusammen mit den dafür vorgesehenen Investitionsbeträgen und stellt diese anschließend zur Diskussion.

Gemeinderat **Kemppel** hinterfragt die Erforderlichkeit einer Investition in das vorhandene Feuerwehrmagazin in Mainhardt und erkundigt sich, welche Hochbehälter saniert werden müssten.

BM **Komor** macht deutlich, dass es sich bei der Maßnahme am Feuerwehrmagazin um eine Auflage handle, die erfüllt werden müsse, da der Ölabscheider nicht mehr den Vorgaben entspreche. Über den Sanierungsbedarf der Hochbehälter informiert Herr **Wagenländer**.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

### **§ 9 Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) vom 25. November 2020** Vorlage: 072/2020

#### **Beschluss:**

1. Die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer werden ab 01.01.2021 wie vorgeschlagen erhöht:
  - a. Grundsteuer A 380 v.H.
  - b. Grundsteuer B 400 v.H.
  - c. Gewerbesteuer 370 v.H.
  
2. Zur Erhebung der Hebesätze wird folgende Satzung beschlossen:

### **Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) vom 25. November 2020**

Auf Grund von § 4 der Gemeindeordnung und § 2 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg in Verbindung mit §§ 1, 25 und 28 des Grundsteuergesetzes und §§ 1, 4 und 16 des Gewerbesteuergesetzes hat der Gemeinderat am 25.11.2020 folgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1 Steuererhebung**

Die Gemeinde Mainhardt erhebt von dem in ihrem Gebiet liegenden Grundbesitz Grundsteuer nach den Vorschriften des Grundsteuergesetzes. Sie erhebt Gewerbesteuer nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes von den stehenden Gewerbebetrieben mit Betriebsstätte in der Gemeinde und den Reisegewerbebetrieben mit Mittelpunkt der gewerblichen Tätigkeit in der Gemeinde.

#### **§ 2 Steuerhebesätze**

Die Hebesätze werden festgesetzt

1. für die Grundsteuer
  - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf **380** v.H.,
  - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf **400** v.H.,
  
2. für die Gewerbesteuer auf **370** v.H. der Steuermessbeträge.

#### **§ 3 Grundsteuerkleinbeträge**

Grundsteuerkleinbeträge im Sinne des § 28 Abs. 2 des Grundsteuergesetzes werden fällig

- a) am 15. August mit ihrem Jahresbetrag, wenn dieser 15,- € nicht übersteigt,
- b) am 15. Februar und 15. August zu je einer Hälfte ihres Jahresbetrags, wenn dieser 30,- € nicht übersteigt.



## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

### **§ 4 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

### Hinweis nach § 4 Abs. 4 und 5 GemO

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 und 5 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Mainhardt, den

Komor  
Bürgermeister

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

### **Beratungsverlauf:**

Zur Einführung erläutert Herr **Wagenländer** kurz anhand einer Präsentation die aktuelle finanzielle Situation der Gemeinde. Diese mache es erforderlich, unter anderem durch die Anpassung der Hebesätze, Mehreinnahmen zu generieren um auch für die kommenden Jahre einen finanziellen Spielraum zu haben.

Er nennt im Vergleich zu Mainhardt die in den anderen Kommunen des Landkreises geltenden Hebesätze, aus denen sich der Vorschlag der Verwaltung ergebe, pauschal um 20 % zu erhöhen. Anhand des Beispiels eines Gewerbebetriebs, eines landwirtschaftlichen Betriebs und eines Einfamilienhausbesitzers stellt Herr Wagenländer die konkreten finanziellen Mehrbelastungen für den Einzelnen dar. Außerdem legt er dar, welche Verbesserung für den finanziellen Spielraum der Gemeinde zu erwarten wäre.

Die letzte Anpassung der Hebesätze liege Jahre zurück, so BM **Komor** ergänzend. Bisher sei ein Handeln aber auch nicht erforderlich gewesen. Jetzt sei die Situation mit Blick auf die Schulsanierung aber einfach eine andere, weshalb die Anhebung ab dem kommenden Haushaltsjahr gerechtfertigt sei.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

### **§ 10 Unterrichtung über die Ergebnisse der allgemeinen Finanzprüfung 2014-2017 Vorlage: 064/2020**

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** veweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 064/2020, die die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) enthalte. Außerdem wolle er bei der Gelegenheit die Anmerkung des Prüfers weitergeben, wonach die Gemeinde Mainhardt die Umstellung auf das NKHR vergleichsweise gut gemeistert habe. BM Komor bedankt sich darauf hin bei Herrn Wagenländer und Frau Kübler sowie dem Team der Kämmerei. BM Komor betont außerdem, dass es sich bei den Anmerkungen im Prüfbereich weniger um Mängelmeldungen, sondern vielmehr um Hinweise auf einzelne Vorgänge handelt, die noch verbessert werden könnten.

Fragen aus der Mitte des Gremiums ergeben sich nicht. Der Prüfbericht wird damit zur Kenntnis genommen.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

### **§ 11 Hauptsatzung der Gemeinde Mainhardt - Satzungsänderung Vorlage: 075/2020**

#### **Beschluss:**

#### **Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Mainhardt**

Aufgrund des § 4 Absatz 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat der Gemeinde Mainhardt am 25.11.2020 folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Mainhardt beschlossen:

#### **§ 1**

Nach dem § 3 wird der § 3a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

Der Bürgermeister kann Sitzungen des Gemeinderats ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum in Form von Videokonferenzen einberufen. Die Voraussetzung für die Einberufung und die Durchführung dieser Sitzungen richtet sich nach den Bestimmungen des § 37a Abs. 1 und 2 Gemeindeordnung.

Für die Sitzungen der beratenden oder beschließenden Ausschüsse des Gemeindarts sowie der Ortschaftsräte gelten diese Regelungen entsprechend.

#### **§ 2**

Diese Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Mainhardt tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Mainhardt,

Komor  
Bürgermeister

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 075/2020 und erläutert, dass eine Regelung in der Hauptsatzung verankert werden müsse, wenn auch nach dem 31.12.2020 von der Möglichkeit einer Online-Sitzung im Gemeinderat Gebrauch gemacht werden wolle. S

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

S

elbstverständlich wären auch dann die Vorgaben der Gemeindeordnung, zum Beispiel im Hinblick auf die Wahrung der Öffentlichkeit der Sitzung, zu beachten

BM **Komor** informiert außerdem darüber, dass es bis zum Erstellen der Sitzungsvorlage noch keine Textempfehlung des Gemeindetags gegeben habe, weshalb sich einige Kommunen untereinander diesbezüglich abgestimmt hätten. Zwischenzeitlich läge aber ein mit dem Innenministerium abgestimmter Mustertext vor. Inhaltliche Änderung gegenüber der Formulierung im Beschlussantrag der Vorlage ergäben sich nicht. Trotzdem werde vorgeschlagen, die Hauptsatzung auf Grundlage des Textvorschlags des Gemeindetags zu ändern.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

### **§ 12 Baugebiet "Sommersgut - Süd" in Lachweiler - Vergabe eines Straßennamens Vorlage: 074/2020**

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Beschlussempfehlung des Ortschaftsrat Geißelhardt zu, die Straße im Baugebiet „Sommersgut – Süd“ in Lachweiler „Im Sommersgut“ zu benennen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

Wie in Sitzungsvorlage Nr. 074/2020 dargelegt, habe über die Vergabe des Straßennamens eine Beratung im Ortschaftsrat stattgefunden, berichtet BM **Komor**. Hierbei sei einstimmig der Beschluss gefasst worden, die Straße im Neubaugebiet "Im Sommersgut" zu benennen. Die Verwaltung schlage daher vor, diesem Empfehlungsbeschluss zu folgen.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

### § 13 **Neubau Wohnanlage Schönblick 1 + 3** **- Antrag auf Befreiungen** **Vorlage: 080/2020**

#### **Beschluss:**

1. Das Einvernehmen der Gemeinde Mainhardt gemäß § 36 Abs. 1 BauGB zu dem Bauvorhaben wird erteilt und gleichzeitig den beantragten Befreiungen nach § 31 BauGB zugestimmt.
2. In die Baugenehmigung ist folgender Passus aufzunehmen:

Gestaltung der öffentlichen Stellplätze (als Ersatz für TG-Zufahrt) ist mit der Gemeinde im Vorfeld abzustimmen

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** erinnert an die bereits vor längerer Zeit statt gefundene Vorstellung des Bauvorhabens im Gemeinderat. Bereits damals, im Januar 2019, sei man sich im Gremium darüber einig gewesen, den Befreiungen zuzustimmen. Aufgrund der nachbarlichen Einwendungen konnte der Bauantrag aber nicht genehmigt werden. Zwischenzeitlich wurden Änderungen vorgenommen, die das Vorhaben insgesamt gefälliger machten. Die aktuelle Planung erläutert BM **Komor** anhand der Pläne.

Trotzdem seien noch immer, wie in der Sitzungsvorlage Nr. 080/2020 dargelegt, Befreiungen erforderlich, so BM **Komor** weiter. Gravierend sei aus Sicht der Verwaltung vor allem die Überschreitung des Baufensters. Der Bebauungsplan sehe hier eine große Blockbebauung vor. Stattdessen wolle der Bauherr zwei voneinander getrennte Baukörper erstellen, was zur Überschreitung des Baufensters führe. Trotzdem erscheine die Lösung tatsächlich verträglicher.

Dies bestätigt auch Gemeinderat **Schweizer**, der jedoch Bedenken hinsichtlich der Anzahl der Stellplätze äußert. Es sei zu beobachten, dass sich die Parksituation in den Wohnbereichen immer mehr verschlechtere, weil einfach viel mehr Autos als Stellplätze vorhanden seien. Um diesem Problem vorzubeugen, frage er sich deshalb, ob es nicht möglich sei, hier Einfluss zu nehmen.

Dieses Problem sei durchaus bereits erkannt worden, weshalb in aktuellen Planungen der Gemeinde mehr Stellplätze festgesetzt worden seien als es gesetzlich vorgegeben sei, erläutert BM **Komor**. Eine Möglichkeit zur Nachjustierung in bereits bebauten Gebieten sei zum einen die Bebauungsplanänderung und zum anderen der Erlass einer Stellplatzsatzung.

## Öffentliche Sitzung vom 25. November 2020

Eine Einflussnahme auf die Zahl der Stellplätze beim vorliegenden Bauantrag sei jedoch ausgeschlossen, ergänzt Frau **Häfner**. Es würden zwar Befreiungen beantragt, rechtlich sei die Verknüpfung des gemeindlichen Einvernehmens mit der Erfüllung bestimmter Bedingungen aber nur zulässig, wenn es dabei um gestalterische Fragen gehe.

Das Gremium kommt in der Diskussion überein, das Thema der Stellplatzsatzung angehen zu wollen um zumindest für künftige Vorhaben eine Einflussmöglichkeit zu haben. Gemeinderätin **Röger** gibt jedoch zu Bedenken, dass auch dies mit Maß und Ziel zu erfolgen habe und darauf zu achten sei, dass dadurch nicht manche Bauplätze unbebaubar würden.

Auf Nachfrage von Gemeinderat **Kempfel** ergibt nicht Überprüfung der vorgesehenen Stellplätze insgesamt 16 Stellplätze für 12 Wohneinheiten.

In diesem Zusammenhang weist BM **Komor** darauf hin, dass zwei der bereits angelegten öffentlichen Stellplätze verlegt werden müssten, um die Zufahrt zur geplanten Tiefgarage zu ermöglichen. Im Gegenzug müsse der Bauherr auf seinem Grundstück den entsprechenden Ersatz schaffen.

BM Komor **bittet** schließlich um den Beschluss hinsichtlich der beantragten Befreiungen und sagt zu, das Thema Stellplatzsatzung für eine der nächsten Sitzungen aufzuarbeiten.